

Zeitschrift: Das Werk : Architektur und Kunst = L'oeuvre : architecture et art
Band: 56 (1969)
Heft: 8: Bürobauten - Geschäftshäuser

Rubrik: aktuell

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

aktuell

unaktuell

Eintritt frei?

Wer eine öffentliche Bildungsveranstaltung besuchen will, muß zuerst einen Betrag in der Höhe einer Parkbuße erlegen. Werner Düggelin hat wieder einmal die Frage gestellt: Sollte das subventionierte Theater, das ohnehin auf jeden Platz seinen doppelten Eintrittspreis drauflegt, kostenlos zugänglich sein? Müßte man nicht den Lernwillen, der dazu führt, daß man ein kulturell wertvolles Stück sehen will, wenigstens mit freiem Eintritt honorieren? Wäre nicht damit die Theaterbegeisterung enorm angeregt?

Vermutlich nicht. Der Preis der Bildungsgüter dient ja nicht dazu, diese schwerer zugänglich, sondern sie begehrenswert zu machen. Eine Erinnerung steigt auf. Es war in Basel; wegen einer technischen Schwierigkeit war eine Aufführung – Max Frischs «Biedermann und die Brandstifter» – vom Theater in einen nahen Ausstellungssaal verlegt worden. Und weil man in diesem Saal von hinten her besser auf die improvisierte Bühne sah als von vorn, war die übliche Preisstaffelung umgekehrt worden: Sperrsitzkarten führten zur hintersten Reihe, Parkett reichte von da bis zur Saalmitte, und die vordersten Plätze trugen die Nummern der Juchee-Ränge.

Wer früh genug gekommen war, konnte nun mehrmals das folgende beobachten. Es kommt ein Biedermann und steuert stracks zur vordersten Reihe. Leicht irritiert darüber, daß das Publikum heute abend eher nach Brandstiftern aussieht, sucht er eine Sitznummer zu lesen. Diese differiert um die Hunderte von der auf seinen Karten. Biedermann zieht ein schiefes Gesicht und weicht einige Reihen zurück. Aber noch immer konstatiert er eine riesige Differenz. Wütend wendet er sich gegen seine bepelzte Begleiterin: Hast du denn nicht? – Doch, sie hat und kann gar nicht verstehen. Also noch weiter nach hinten. Die Zahlen auf den Sitzen nähern sich jenen auf den Karten. Schließlich, auf der vorletzten Reihe, kann man sie fast nicht mehr unterscheiden. Herr Biedermann sieht wohl nicht mehr gut; er ruft jetzt mit gerötetem Haupt, man solle ihm gefälligst seinen Platz anweisen.

Die Platzanweiserin sagt nur drei Worte. Ein Zweifrämler klirrt. Man braucht ihre Hilfe nicht mehr, Herr Biedermann findet seinen Platz schon selber. Das Blut weicht, und er sieht wieder klar: zwischen vielen Bekannten auf zwei leeren Sitzen die gesuchten Nummern. Glücklich wiederholt er die Worte der Platzanweiserin: «Hinten ist's teurer.» «Hinten ist's teurer», sagt er zu seinem Nachbarn. «Hinten ist's teurer», grüßt dieser zurück; «wir erfuhren es auch erst heute abend.»

L. B.

Haus Tugendhat

Im Herbst des Jahres 1968 beschloß die Stadtgemeinde Brünn (ČSSR), das Haus Tugendhat wieder in seinen ursprünglichen Zustand zurückzuversetzen und für ganz bestimmte Repräsentationszwecke zu benutzen. Die Vorgeschichte ist wie folgt:

Das von Mies van der Rohe in den Jahren 1928–1930 erbaute Haus Tugendhat mußte wegen der nationalsozialistischen Besetzung von den Besitzern verlassen werden und war kurze Zeit im Jahre 1939 Hauptquartier der Gestapo. Dann wurde es von Dr. Messerschmitt bewohnt, der die ersten baulichen Veränderungen vornehmen ließ, zum Beispiel den Durchblick zwischen dem Hauptbaukörper und der Garage aus Sicherheitsgründen zubauende, wodurch die Proportionen des Baus verändert wurden. Bei dem Bombardement durch die Russen im Frühjahr 1945 zerbrachen die großen Scheiben, das Haus stand offen, und was noch an Möbeln drinstand, wurde von Nachbarn fortgetragen, ebenso die runde Holzwand, die das Eßzimmer bildete, die man zur Herstellung von Möbeln zerhackte. Dann zogen rumänische Besatzungstruppen ein, die Pferde wurden die Travertinstiegen hinuntergeführt, der große Wohnraum diente als Stall, und vor der Onyxwand zündete man große Feuer an, um ganze Ochsen daran zu braten. In einem dementsprechenden Zustand wurde es nach dem Abzug der Truppen von einer Tanzschule übernommen; anstatt Miete zu zahlen, versprach sie, das Haus notdürftig wieder bewohnbar zu machen. Im Jahre 1949 beschlagnahmte die kommunistische Regierung das Haus und vergab es an das Kinderspital, das es als Rehabilitierungszentrum bis heute benutzt. Die großen Scheiben im Wohnraum sind in ganz kleine Scheiben unterteilt, anstelle der gerundeten Milchglaswand der Straßenseite steht eine Ziegelmauer, das Haus ist grellgelb angestrichen, anstelle der Leuchtwand im Wohnraum ist ein Spiegel eingebaut, und die Proportionen des Wohnraums sind verändert, weil der Raum durch eine eingebaute Querwand anstelle der runden Wand verkürzt wurde.

Seit drei Jahren bemüht sich der Architektenverband der ČSSR um die Wiederherstellung des Hauses. Die Verhandlungen mit der Stadtgemeinde wurden Architekt F. Kalivoda übergeben. Die Verhältnisse sind sehr kompliziert, da der jetzige Benutzer, das Kinderspital, dem Land Mähren gehört, der künftige Besitzer die Stadtgemeinde sein soll, und das Geld zur Wiederherstellung vom staatlichen Denkmalschutz zur Verfügung gestellt wird. Dieser wollte das Haus in gleicher Weise wie zum Beispiel Barockschlösser, die er hergerichtet hat, als reines Schauobjekt ohne praktischen Zweck erhalten, da er befürchtet,

daß der Bau durch die Benützung durch die Stadtgemeinde wieder in einen schlechten Zustand kommen könnte. Das Kinderspital wehrt sich begreiflicherweise mit allen Kräften dagegen, das Haus zu verlassen. Es hat den bereitgestellten Bauplatz anderweitig verwendet und lehnt das von der Stadtgemeinde angebotene Provisorium als ungenügend ab. Hingegen hat Mies van der Rohe sich bereit erklärt, alle Pläne zur Verfügung zu stellen und nach besten Kräften zu helfen. Da wohl Geld, aber keine Devisen für die Dinge, die nicht im Land hergestellt werden können, zur Verfügung steht, sind die Architekten für jede Hilfe aus dem Ausland dankbar.

Um das Interesse einer breiten Bevölkerungsschicht an der Wiederherstellung des Hauses zu wecken, brachte F. Kalivoda im Dezember 1968 die große Westberliner Mies-van-der-Rohe-Ausstellung nach Brünn, wo sie im Künstlerhaus gezeigt wurde. Auf den Plakaten hieß es: «Ausstellung Mies van der Rohe, des Schöpfers der Tugendhat-Villa.» Die Kritik der Zeitungen und Zeitschriften des ganzen Landes waren durchweg positiv, und alle verlangten die Wiederherstellung des Hauses. Am 17. Januar 1969 fand in Brünn ein Vortragabend statt, auf dem nach F. Kalivoda und dem tschechischen Nationalkünstler Bohuslav Fuchs, Dirk Lohan, der Enkel von Mies van der Rohe, und ich das Wort ergriffen. Wir waren beide als Ehrengäste der Stadt Brünn für mehrere Tage eingeladen worden. Nach einem Empfang beim Bürgermeister vereinigte am gleichen Tag eine Arbeitssitzung alle Beteiligten, und es wurde beschlossen, daß das Kinderspital im kommenden August das Haus verlassen müsse, worauf dann sofort die Arbeit daran aufgenommen werden sollte.

Inzwischen wurde die Instandsetzung des großen Gartens vor dem Haus, der völlig verwildert ist, Frau Grete Roder übergeben, die ihn im Jahre 1929 zusammen mit Mies van der Rohe angelegt hatte. Die tschechischen Architekten mit F. Kalivoda an der Spitze haben sich in bewundernswerter Weise und mit erheblichen persönlichen Risiken für die Rekonstruktion eingesetzt, und man kann nur hoffen, daß ihre Bemühungen trotz den veränderten politischen Verhältnissen zum Ziele kommen.

Grete Tugendhat

1, 2
Haus Tugendhat, Brno, Tschechoslowakei
1928–1930. Architekt: Ludwig Mies van der Rohe

1 Ansicht vom Garten

2

Innenansicht des großen Wohnraumes



1



2

Die Ulmer HfG der Stuttgarter Universität von Martin Krampen

Das Rätseln um die Zukunft der am 31. Dezember 1968 geschlossenen HfG in Ulm ist zu Ende: Das Kabinett des Landes Baden-Württemberg hat am 25. Juni 1969 beschlossen, daß die neu gründende Schule mit dem Namen «Hochschule für Gestaltung Ulm – Institut für Umweltgestaltung der Universität Stuttgart» als ein Teil der Stuttgarter Technischen Universität mit einer gewissen Sonderstellung weiterexistieren soll.

Das Interesse der Landesregierung, nicht mit dem Makel einer zwangswise Schließung der HfG belastet zu bleiben, kam schon in ihrer Empfehlung vom 3. Dezember 1968 zum Ausdruck. In dieser vom Ministerpräsidenten Filbinger unterzeichneten Stellungnahme des Staatsministeriums heißt es, der 900 000 DM betragene Zu schuß des Landes Baden-Württemberg an die Geschwister-Scholl-Stiftung (rechtliche Trägerin der HfG) sei so lange zu sperren, bis durch ein Gremium unabhangiger Sachverständiger geklärt sei, «in welcher Weise ein Aufbaustudium für Gestaltungsbereiche entsprechend dem Modellvorschlag der Geschwister-Scholl-Stiftung ... sichergestellt werden kann». Bei dem «Modellvorschlag der G.S.S.» handelt es sich um ein Dokument, das durch eine von ihren jeweiligen Gruppen beauftragte Kommission von zwei Dozenten, zwei Studenten und zwei Assistenten der HfG während des Sommers 1968 ausgearbeitet wurde und in dem ein zweijähriges Aufbaustudium für Umweltgestaltung zur Weiterführung der HfG empfohlen wurde.



1

Bereits im Januar 1969 lud das Kultusministerium 13 «Sachverständige» zur Bildung des Gremiums ein, welches die Voraussetzungen für die Neugründung der HfG prüfen sollte. Zu diesem Gremium, das am 5. Februar 1969 seine konstituierende Sitzung abhielt, gehörten drei Vertreter der Universität Stuttgart, ein ehemaliger Student und ein ehemaliger Dozent der geschlossenen HfG, drei Vertreter der Staatlichen Akademien für bildende Künste, drei Vertreter aus Wirtschaft und Industrie sowie ein Kunsthistoriker aus der Schweiz und ein Graphiker. Wieweit dieses ein Gremium «unabhängiger» Sachverständiger war, muß allerdings dahingestellt bleiben; denn neben dem gemeinsamen Interesse an einer Neugründung der HfG zeigte sich im Verlauf der zwölf Sitzungen deutlich, daß einige der Sachverständigen sehr stark in Abhängigkeit von den Verlautbarungen und Interessen der Universität Stuttgart, der «Gesellschaft zur Förderung

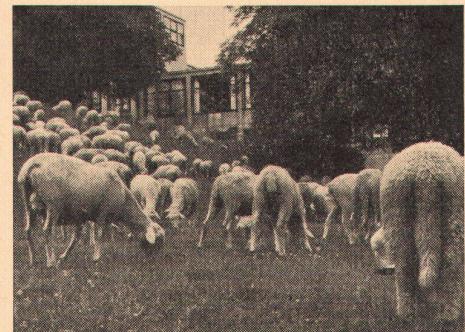
der HfG Ulm» mit den ihr anhängenden ehemaligen Dozenten der HfG und der Berufsverbände der Architekten, Industrie-Designer und Graphiker-Designer handelten und diskutierten. Die Universität Stuttgart war offensichtlich interessiert, die zukünftige HfG um jeden Preis unter ihre Fittiche zu nehmen. Dabei wurde als Argument gebracht, die HfG habe im Rahmen der Universität eine größere Entwicklungsmöglichkeit und Freiheit, als das einer autonomen Schule unter direkter Aufsicht des Kultusministeriums (das ja die alte HfG geschlossen habe) je möglich sein werde. Die Vertreter der Berufsverbände bekundeten ihr übliches Interesse an einer «beseren Ausbildung» ihres Nachwuchses, wobei es heute ja nicht so ohne weiteres klar ist, warum und ob es für die besagten Berufe überhaupt noch Nachwuchs geben sollte und worin eine «Verbesserung der Ausbildung» eigentlich besteht. (Verbesserte Ausbildung, um noch mehr Geld zu verdienen, als es die Berufsvertreter mit ihrer nicht verbesserten «Ausbildung» bereits tun?) Einige Mitglieder des Gremiums vertraten Berufsverbände und die Gesellschaft zur Förderung der HfG oder die Universität Stuttgart in Personalunion.

Trotz diesen Bindungen einiger der Mitglieder gelang es dem Sachverständigungsgremium insgesamt, sich an die gestellte Aufgabe zu halten, den vorliegenden Vorschlag zum Aufbaustudium in bezug auf die Art und Weise seiner Durchführung zu überprüfen. Dies geschah während zwölf Sitzungen in drei Lesungen des Dokumentes, bei denen substantielle und formale Verbesserungen der Vorlage zustande kamen. Die Sachverständigungskommission war im Prinzip mit dem zu prüfenden Dokument einverstanden; das heißt, sie war ebenfalls der Ansicht, daß ein zukünftiges Aufbaustudium an der HfG darin bestehen sollte, Studenten mit abgeschlossener wissenschaftlicher oder Designausbildung an vielschichtigen Problemen der Umweltgestaltung in Teamarbeit zusammenzuführen, mit dem Ziel, die wissenschaftliche Bearbeitung dieser Probleme zu garantieren und im Hinblick auf eine experimentell abgesicherte Gestaltungswissenschaft vorwärtszukommen. Dabei ging es insbesondere um den Bezug der Gestaltungssektoren Bauen, Produktgestaltung und Kommunikation zu den Sozialwissenschaften, während ja dieser Bezug zu den technischen Wissenschaften heute allgemein akzeptiert, wenn nicht gar im technokratischen Sinne überbetont wird. In folgenden Problemen gelang es dem Sachverständigungsgremium, Verbesserungen vorzuschlagen, die über das von der alten HfG erarbeitete Papier hinausgingen:

- 1 Die sogenannte erwerbsmäßige «Nebentätigkeit» der Dozenten als Designer soll nunmehr nach den Bestimmungen des öffentlichen Dienstes geregelt werden, ist damit genehmigungspflichtig und findet außerhalb der HfG statt. Der Gewinn von Aufträgen, die an die HfG direkt herangetragen werden, soll bei der zukünftigen verstaatlichten HfG an das Land Baden-Württemberg gehen und über den Staatshaushalt der Schule als Gesamtheit wieder zugute kommen. Der Staat gilt damit durch die HfG als verantwortlicher Auftraggeber.
- 2 Beurteilungen der Studierenden sollen nur auf Wunsch derjenigen erfolgen, die sich damit bereit erklären, die eventuellen Nachteile zu akzeptieren, die sich aus den Schwierigkeiten des «Zensierens» von komplexen Teamarbeiten ergeben.

3 Bei der Berufung der zukünftigen Dozenten sollte eine Berufungskommission tätig werden, die zur Hälfte aus Vertretern der HfG und zur anderen Hälfte aus Vertretern der Universitäten Stuttgart, Ulm und Konstanz besteht. Dadurch erhoffte man sich, den Sachverstand technischer, medizinischer und sozialwissenschaftlicher Experten bei Berufungen einzubringen, um nicht auf eine einseitige designtechnische Bahn gedrängt zu werden.

4 Im Prinzip sollten die Dozenten in Zukunft befristete Verträge erhalten, damit sich die Schule (mindestens im Anfang) nicht auf Einzelpersönlichkeiten festlegt.



2

Uneinigkeit bestand in der Kommission nur über den Status und den Standort der Schule. Bei einer Abstimmung über den Standort sprachen sich zwei Vertreter der Universität Stuttgart und ein Vertreter der Berufsverbände, alle drei Mitglieder der Gesellschaft zur Förderung der HfG Ulm (sic!), gegen den Standort Ulm und für eine Eingliederung der zukünftigen HfG als Fachbereich in die Universität Stuttgart aus. Sieben Mitglieder der Kommission waren für den Verbleib der Schule in Ulm, da dort die Räumlichkeiten und Werkstätten vorhanden sind, um am 1. Oktober 1969 mit dem Aufbaustudium beginnen zu können. Der «common sense» dieser Überlegung hat sich in der Folgezeit durchgesetzt – die HfG wird in Ulm neu gegründet werden.

Inzwischen geht das Leben an der HfG weiter – es hatte nie ganz aufgehört. Ein paar noch auf dem Campus in Ulm verbliebene Mitglieder der alten HfG arbeiten in Gruppen an Problemen, die sie interessieren. Diplomanden bereiten ihre Diplomarbeiten vor – sie müssen jetzt die Werkstätten bezahlen, die sie für ihre praktischen Arbeiten benötigen. Die Werkstattleiter, welche die Stellung bisher gehalten haben, indem sie ihre Werkstätten auf Produktion umstellten, warten in erneuter Unsicherheit, was mit ihnen geschehen wird (einer hat aufgegeben und geht). In den Räumen des an der HfG eingemieteten Film-institutes wird gerade ein neuer Film von Alexander Kluge fertiggestellt. Manchmal sieht man ein paar kostümierte Artisten aus diesem Film durch die Gänge huschen – perplex.

1 Juli 1968: Die Studierenden der HfG bei der Protestaktion gegen die Dozent-Institute

2 Juni 1969: Die friedlichen Schafe können nun die leere HfG erobern

Photo: 1 Roberto Hamm, Ulm